

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher

Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft

Band: 104 (1976)

Vereinsnachrichten: Rückblick auf die 144. Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rückblick auf die 144. Jahresversammlung der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft

Samstag, 6. November 1976, im «Hecht», Appenzell, Beginn 9.30 Uhr

Glanzvolles, warmes Herbstwetter in der Höhe, Nebel und feuchte Kälte in der Tiefe, so ist das Wetter am Samstag, 6. November 1976, an dem sich rund 60 Gemeinnützige im «Hecht», Appenzell, zur Jahresversammlung einfinden. In seinem herzlichen Willkomm richtet Präsident Heinrich Kempf-Spreiter einen speziellen Gruss an folgende Teilnehmer: Bezirkshauptmann Josef Rempfler, Regierungsrat Hansjakob Niederer, Trogen, Regierungsrat Robert Höhener, Bühler, Regierungsrat Franz Breitenmoser, Appenzell, Regierungsrat Dr. Guido Ebneter, Kaubad, ferner an den Referenten Prof. Dr. Arnold Niederer, Zürich. Daneben gibt der Vorsitzende eine Reihe von Entschuldigungen bekannt. Darauf verliest er seinen umfassenden Jahresbericht.

Jahresbericht 1975/1976

Zum 10. Mal fällt mir die Ehre und Verpflichtung zu, Ihnen über die Belange unserer Gesellschaft Bericht zu erstatten. Jahresberichte können verschieden abgefasst sein. Ihr Inhalt mag naturgemäß nicht Jedermann in gleicher Weise zu fesseln. Für eine gemeinnützige Institution kommt noch dazu, dass darin nicht politisiert werden darf. Dies wiederum aber ist beinahe unmöglich, weil der Wohlstand, den wir anstreben, eng mit der Volkswirtschaft zusammenhängt und diese wiederum mit der Politik. Ein längere Zeit im Amte stehender Präsident hat zudem darauf zu achten, dass er sich in seinen Berichten nicht wiederholt und auch am Zeitgeschehen bleibt. Sollte ich Sie aber trotzdem etwas langweilen, so wollen Sie dies den geschilderten Umständen zuschreiben. Mit dieser Einführung begrüsse ich Sie, meine werten Mitglieder und Gäste, insbesondere diejenigen des inneren Landesteils, auf's herzlichste und freue mich, dass wir turnusgemäß wieder einmal in Appenzell tagen dürfen.

Das vergangene Jahr stand im Zeichen einer weiteren Rückbildung der Wirtschaft als unmittelbare Folge einer langen, allzuspekulativen Entwicklung, wie sie jeder Wirtschaftsblüte innewohnt und an der alle Volksenteile in gleicher Weise teilhaben. Eine auf einen längerfristigen Nachholbedarf fassende Binnenkonjunktur hat es aber bis heute verhindert, dass das wirtschaftliche Pendel allzu stark auf die andere Seite ausgeschlagen hat. Eine Wende war zwar schon längere Zeit vorauszusehen und es genügt dann, dass ein ausserordentliches Ereignis, wie diesesmal die Ölkrise, hinzukommt, um das Kartenhaus zum Einsturz zu bringen. Und da die Erscheinung von weltweiter Ausdehnung ist und, wie fast immer, auch politische Faktoren mit im Spiele liegen, dürfte sie von nachhaltiger und längerfristiger Natur sein.

Andeutungen indessen, dass unsere Schweiz gegebenenfalls ein wirtschaftliches Marignano anzutreten habe, sind wohl etwas verfrüht, aber auch nicht ganz unbegründet. Stehen wir doch mit unserer Exportindu-

striе, dem aktiven Teil unserer Volkswirtschaft, vor ernsthaften Anpassungs- und auch Strukturproblemen. Und macht es doch fast den Anschein, dass man im Ausland unserer bisher erfolgreichen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung etwas neidig und diese, weil anders nicht angängig, mit politischen Beschlüssen bekämpft werden soll. Dazu kommt, dass unser guter Schweizerfranken, als Ausdruck eines soliden staatspolitischen Verhaltens in der ganzen Welt geschätzt, uns seines hohen Wertes wegen zum Bumerang wird, wobei noch niemand richtig weiss, wie wir uns diesem Phänomen gegenüber verhalten sollen.

Strukturelle Zustandsänderungen, wie sie sich im eigenen Lande nun herausgebildet haben, tun das übrige, dass unsere internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zunehmend in Frage gestellt wird. Eigener Geburtenrückgang und die gewollte Reduktion der Gastarbeiterzahl werden uns nötigen, den Zaun unserer wirtschaftlichen Tätigkeit enger zu stecken. Die Zunahme des Dienstleistungssektors und Überalterung unserer Bevölkerung andererseits stellen Belastungsfaktoren dar, die bei der volkswirtschaftlichen Rechnung in die Waagschale geworfen werden müssen. Verbleibt uns also, wenn wir weiter dabei sein wollen, das Ausweichen in immer kapitalintensivere Arbeiten, wo unserem kleinen Lande ebenfalls Grenzen gesetzt sind.

Es versteht sich, dass sich Land und Volk in der nun hinter uns liegenden Wirtschaftsperiode manchen Wohlstand zuzulegen vermocht hat, welche die ältere Generation wohl noch zu erkennen, die jüngere aber bereits als Selbstverständlichkeit ansieht. Es wird in der nächsten Zeit indessen bedeutender Anstrengungen bedürfen, diesen Besitzstand zu erhalten. Die Schweiz, als rohstoffarmes Land, hat ihre heutige wirtschaftliche Bedeutung durch die Qualität ihrer Arbeit und ihrer Hände Fleiss erreicht und es ist zu hoffen, dass diese Erkenntnis im Bewusstsein unseres Volkes auch weiterhin erhalten bleibt. Als Lichtblick darf vermerkt werden, dass der Teuerung, «dieser bösen Tat, die fortzeugend Neues muss gebären» endlich Einhalt geboten werden konnte. Die monetäre Werterhaltung des Erarbeiteten ist ja die erste Voraussetzung für eine gedeihliche Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Über die mit ihr einhergehenden technischen Errungenschaften müssen und wollen wir, wenn damit keine Überforderung der Natur verbunden ist, wohl nicht verzichten wollen. So wird die elektronische Uhr von der Mondforschung sozusagen als Abfallprodukt mitgeliefert und derart billig, dass sie als Wegwerfware vermarktet werden kann, in die Zukunft eingehen. Und das Schulkind wird fürderhin nicht mehr bereit sein, auf den Taschenrechner zu verzichten, der den Zählrahmen ersetzt hat und es mit kleinen Mehrpreis sogar von der lästigen Kommarechnung befreit.

Unseren Blick dem eigenen Land Appenzell zuwendend, dürfen wir wohl sagen, dass die Jahre wirtschaftlicher Blüte auch an ihm nicht spurlos vorübergegangen sind. Durchschreite ich seine blumengeschmückten Dörfer mit seinen gepflegten Wohnstätten, erfüllt es mich mit Befriedigung, zu sehen, dass die traute Häuslichkeit noch immer dieselbe geblieben, obwohl es zwischenzeitlich jeder Landsgemeindemann auch noch zu einem Automobil gebracht hat. Glücklich das Land aber auch, das noch immer ein lebensfähiges Kleingewerbe besitzt, das zu allerlei kleinen

Dienstleistungen bereit ist, jenen Annehmlichkeiten, welche das Leben wert machen und deren Fehlen erst jenem bewusst würde, der sich einmal hinter den eisernen Vorhang begeben hätte. Auch sonst erscheint das bauliche Antlitz unseres Kantons überwiegend wohlbestellt. Ich denke dabei an alle die Dorfkirchen, die in den letzten 30 Jahren im neuen Gewand entstanden sind, an die komfortablen Strassenzüge mit den neuen Fussgängerstegen und nicht zuletzt an die kantonalen Eisenbahnen, welche mit viel Schweizergeld wieder aufgerüstet und damit wenigstens technisch einer weiteren Zukunft vertrauensvoll entgegensehen können. Ein ungelöste Problem andererseits stellen jene alten Weberhöckli dar, die leer und vernachlässigt dastehen und die sich nicht mehr als «Ferienhüsli» umbauen lassen. Schliesslich sei auch der gute Stand unseres Gewässerschutzes beider Landesteile hervorgehoben, der, die privaten Aufwendungen nicht eingerechnet, etwa 120 Mio Franken verschlungen und nunmehr dem Vollausbau entgegengeht und bereits eine spürbare Entlastung unserer Bäche und Flüsse erkennen lässt. Hand in Hand damit konnte auch die Kehrichtabfuhr für beinahe den ganzen Kanton geregelt werden. Noch nicht restlos gelöst und für unseren Kanton nicht unerheblich präsentiert sich die biologische Behandlung unserer ausserhalb der Kanalisationen liegenden landwirtschaftlichen Klärgruben, weil auch die Bauernfrau sich heute ebenfalls der künstlichen Waschmittel bedient und diese nicht beliebig in die Jauchegruben abgeleitet werden können. Hier muss, dem Vernehmen nach, ihr allfälliger Einfluss auf die Milchqualität erst noch näher untersucht werden.

Mehr in das Gebiet der geistigen Hygiene gehört das noch heute mehr oder weniger ungeregelte Plakatwesen. So ist es an den meisten Orten noch immer möglich, dass fahrendes Volk unsere Häuser und Telefonstangen mit Ankündigungen aller Art verunstaltet und dieses Material dem Wetter und einem unbekannten Schicksal überlassen kann. Ähnliches liesse sich über unsere Benzintankstellen sagen, welche mit ihren Anpreisungen die Landschaft verunzieren, deren Reglementierung, genau wie auch die neuen Schaufensterumkleidungen, indessen besondere Probleme stellen würde.

Auf kulturpolitischen Sachgebiet darf ich wohl auf das an Pfingsten 1976 eröffnete neue Museum für Appenzellisches Brauchtum in Urnäsch hinweisen, für welches ihre Gesellschaft vor zwei Jahren einen Startbeitrag von Fr. 5 000.— bewilligt hatte. Dieser erste Beitrag ermöglichte es den Initianten, an eine grössere Sammelaktion heranzutreten, welche, zusammen mit einem Beitrag aus der Stiftung «Pro Appenzell» einen Beitrag von gegen einer halben Million Franken eingetragen hat. Wahrlich ein prachtvolles Resultat für die überaus aktiven Urnässcher. Das Museum hat bereits ein ausserordentlich grosses öffentliches Interesse gefunden, hat es doch bis heute gegen 7 000 Eintritte zu verzeichnen.

Über den übrigen Tätigkeitsbereich unserer Gesellschaft orientiert Sie, wie immer, unser ausführliches Jahrbuch, welches ich Ihrer Aufmerksamkeit anempfehle. Dass unsere Aktivitäten auch nicht immer auf fruchtbaren Boden fallen, zeigt die nach kurzer Wirksamkeit erfolgte Auflösung der Kommission für Jugendarbeit in Herisau, welche nicht den gewünschten Zuspruch gefunden hat. Andererseits hat die Appenzell Ausserrhodi-

sche Tuberkulosestiftung ihren Aufgabenkreis erweitert und bezeichnet sich nunmehr «Stiftung für die Bekämpfung von Tuberkulose und von Lungenerkrankheiten». Der letztere Ausdruck weist darauf hin, dass man sich auch bei uns dem medizinischen Fortschritt in der Lungentherapie angenommen hat.

Meine Damen und Herren, sie alle wissen, dass in unseren beiden Halbkantonen auch die uralte Institution der Landsgemeinde vermehrt in Frage gestellt wird, und es mag manchem von Ihnen vielleicht aufgefallen sein, dass über dieses Thema derzeit eine eigentliche Funkstille vorherrscht. Auch muss man es vielleicht als eigenartig bezeichnen, dass sich unsere Gesellschaft dieser Frage noch in keiner Weise angenommen hat, obwohl wir von ausserrhodischer kantonsrätslicher Seite deswegen schon zweimal in Erwägung gezogen wurden. Ich darf Ihnen indessen verraten, dass unsere Staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft beider Appenzell sich des Themas angenommen hat und es freut uns, dass wir auf diese Weise unseren Beitrag zur Meinungsbildung leisten können. Dabei könnte auch die Frage, ob die 18jährigen nicht wieder zu ihrem Stimm- und Wahlrecht kommen sollen, ebenfalls angeschnitten werden. Ich sage ausdrücklich — wieder —, weil dies in der alten Eidgenossenschaft noch gang und gäbe gewesen war. Erst die heutige Bundesverfassung von 1848 hat in dieser Beziehung die Vereinheitlichung auf das 20. Altersjahr herbeigeführt. Rückblickend ist es nicht wenig reizvoll, den damaligen Überlegungen und dem Werdegang dieser Vereinheitlichung nachzugehen. Hatte doch unser Kanton, zusammen mit Graubünden, nicht weniger als 10 Jahre und drei Volksabstimmungen benötigt, bis er sich zur neuen Kantonsverfassung bekennen konnte. Die Militärpflicht der alten Eidgenossen, insbesondere in den Landsgemeindekantonen, hatte ja bekanntlich schon die 16jährigen erfasst und es waren in der Folge diese, welche sich auch dem Söldnerdienst verpflichtet, und, als Rabauken zurückkommend, zu Hause das Gesetz des Handelns an sich zu reissen versucht hatten. Der Geist von 1848, der ja auch mit der Söldnerzeit aufgeräumt, hatte sicher auch die Vorherrschaft dieser Jungen beenden wollen und wir wissen heute, dass es vornehmlich der Widerstand dieser Leute gegen die Heraufsetzung des Stimmrechtsalters gewesen ist, weswegen die neue Kantonsverfassung erst nach wiederholten Abstimmungen zur Annahme gelangte.

Nicht dass es auch damals schon Zeichen staatspolitischer Weisheit gegeben hätte, die uns noch heute den Respekt vor den Alten abnötigt. Auch unser Kanton gehörte einmal zu jenen, der die Wählbarkeit ins sogenannte Blutgericht auf das 30. Altersjahr aufwärts festgelegt hatte, damit nicht Todesurteile von jenen ausgesprochen würden, die ihre Schlägerzeit noch kaum hinter sich gebracht hatten.

Und wo stehen wir heute? Ich verzichte, mich über die politischen Hintergründe zu äussern, welche dieser kommenden eidgenössischen Abstimmung innewohnen. Die grosse Stimmabstimmenz, insbesondere der Jungen, — in Herisau ergab eine kürzliche Ermittlung über die 20- bis 24jährigen eine Beteiligung von 24 Prozent und der Frauen von 19 Prozent — gibt noch keinen Hinweis dafür, dass das Stimmrechtsalter weiter herabgesetzt werden muss. Und so ganz am Rande sei erwähnt, dass sich das Parlament noch vor wenigen Jahren genötigt gefühlt hat, im Strafrecht eine beson-

dere Alterskategorie der sogenannten jugendlichen Erwachsenen, bis zum 25. Altersjahr hinauf, einzuführen, die im Strafvollzug nötigenfalls der Nacherziehung, statt einer eigentlichen Strafe, überführt werden sollen.

Aus der Tätigkeit der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaften

Die Gemeinnützigen Gesellschaften, auch etwa als Denkmäler vergangener Zeiten bezeichnet, haben, wie Sie wissen, schon eine grosse, oft vergessene Vergangenheit hinter sich. Ihre Daseinsberechtigung ist nicht mehr dieselbe von früher. Ihre Auswirkungen hingegen lassen sich — was uns stolz macht — bis weit in unsere Zeit hinein nachweisen.

Sie alle lasen, meine Damen und Herren, dass der gesetzliche Schutz des Waldes nunmehr 100 Jahre alt geworden ist. Rückblickend darf dies als eine Grosstat betrachtet werden, der ungewöhnlich schwere Naturkatastrophen Gevatter gestanden waren. Die Erkenntnis aber, dass dem Raubbau mit dem Wald Einheit geboten werden müsse, ist noch viel älter. So war es die appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft, welche im Jahre 1836, also lange vor der Gründung unseres Bundesstaates, die Initiative zur Gründung des Waldbauvereins Herisau ergriffen hatte. Sie hatte hiezu die Form einer Aktiengesellschaft gewählt in der Erkenntnis, dass damit kein Anspruch auf eine Kapitalverzinsung erhoben werden könne (Diese wurde rückwirkend auf die ersten 100 Jahre auf 2 % ermittelt). Diese Tätigkeit des heute noch bestehenden Waldbauvereins war damals auch wegleitend für die Entstehung des Schweizerischen Forstgesetzes, welches in der Person von Oberst Emanuel Meyer in Herisau einer seiner profilertesten Verfechter und Wegbereiter vorfand.

Nicht zuletzt die Naturkatastrophen waren es auch, die die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft um die Jahrhundertwende veranlasst hatten, eine Stiftung in der Form eines «Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nichtversicherbaren Elementarschäden» ins Leben zu rufen. Die Alimentierung dieses Fonds erfolgt aus einer Abgabe der vom Bunde konzessionierten acht Spielsäle. Diesem Fonds blühte dieses Jahr ein besonderes Glück als ihm gemäss Nationalbankgesetz ein Betrag von 6,9 Mio Franken zufloss, herrührend aus 345 150 nicht mehr eingetauschten Pestalozzibanknoten, so dass seine Tätigkeit wieder für eine weitere Zeitperiode gesichert ist.

Die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft hat sich auch seit jeher zum Ziele gesetzt, eine Koordination der privaten und staatlichen sozialen Hilfstätigkeit herbeizuführen, damit der Bürger eine bessere Übersicht darüber gewinne und sich die Tätigkeiten gegenseitig nicht allzustark überschneiden. Zu diesem Behuf wurde schon vor Jahrzehnten die Institution der sogenannten sozialen Landeskonferenz geschaffen, deren Absichten aber noch nie so recht realisiert werden konnten. In der weiteren Verfolgung dieses Ziels wurde nun vor Jahresfrist im Kanton Zürich eine halbamtliche Stelle geschaffen, welche von einer profilierten, erfahrenen Frau besetzt ist und welche die Aufgabe hat, die Verhältnisse der sozialen Institutionen im Kanton Zürich zueinander zu untersuchen und wenn möglich eine Harmonisierung herbeizuführen.

Der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein eröffnete vor einem Monat sein neues Ferienheim «Für Mutter und Kind». Dieses in Unter-

ägeri liegende Haus, das dasjenige von Waldstatt ersetzt, ist zeitgemäß auf Ganzjahresbetrieb eingestellt und bietet Platz für 36 Mütter und deren Säuglinge. Es wurde mit einem Kostenaufwand von rund 3 Mio Franken umgebaut, welches Geld in der Hauptsache durch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (Auflösung eines Fonds) aufgebracht wurde. Die Nachfrage nach offenen Plätzen ist derzeit sehr gross. Es ist zu erhoffen, dass die Stiftung auch die relativ hohen Betriebskosten aufzubringen mag.

Mit meinen Ausführungen auf die Aktivitäten in unsere eigenen Grenzen zurückkehrend, soll an dieser Stelle nochmals auf unsere Heilpädagogische Schule in Teufen hingewiesen werden, welche, wie Sie wissen, nun eine neue Trägerschaft in Form der Stiftung «Roth-Haus» erhalten und deren Neubau diesen Sommer begonnen wurde. Gebaut wird vorerst ein neuer Schultrakt mit Erschliessungsstrasse im budgetierten Betrage von 3,88 Mio Franken. Die Eröffnung soll im Herbst 1978 erfolgen. Es hatte sich im Laufe der sehr langen Vorbereitungszeit zu diesem Projekt gezeigt, dass eine eigentliche Heimversorgung der Kinder tendenziell immer weniger gefragt und diese immer mehr mit dem täglichen Schulbus von zu Hause abgeholt und wieder dorthin gebracht werden sollten. Es wird nun eine Frage der Zeit bleiben, ob das ebenfalls schon im Detailprojekt vorliegende Heim, für welches wir schon etwa Fr. 30 000.— Architekturkosten verausgabt haben, doch noch gebaut oder ob der dafür zur Verfügung stehende Bauplatz einmal für eine spätere Schulerweiterung verwendet werden soll. Der gegenwärtige Schulbetrieb, bis zur Eröffnung des Neubaus im alten Waisenhaus untergebracht, umfasst derzeit 4 Förderungsklassen mit insgesamt 18 Kindern, davon deren zwei aus dem inneren Landesteil. Fachuntersuchungen sagen voraus, dass deren Zahl das Mehrfache davon betragen werde. Für unsere Gesellschaft resultierte, bis zur Übernahme durch die Stiftung, für Planungsarbeiten und provisorische Schuleinrichtung im Altbau eine Auslage von rund Fr. 120 000.—, womit wir unsere Daseinsberechtigung gegenüber unseren beitragszahlenden Mitgliedern kaum besser unter Beweis stellen können.

Unser Appenzellisches Jahrbuch, das Sammelwerk appenzellischen Lebens und Geschehens, weist darauf hin, dass wir mit unserer Mitgliederzahl dank intensiven Einsatzes unseres Vorstandsmitgliedes, Frau Elsi Zobrist, wieder beinahe die 2000er Grenze erreicht haben, für diese Leistung ihr der Dank der Republik gebührt. Im Textteil finden Sie, in Fortsetzung einer letztjährigen Arbeit von Pater Dr. Rainald Fischer über die Appenzeller Fahnen dieses Jahr seine Ausführungen über die Appenzeller Beutefahnen.

Meine Damen und Herren

Altem Brauche entsprechend ehrt die Jahresversammlung jeweils durch Erheben von den Sitzen jene Verstorbenen, welche sich unserem Lande besonders verdient gemacht haben und die deshalb in die Ehrentafel unseres Jahrbuches aufgenommen wurden, nämlich die Herren

Jakob Schwengeler, a. Gemeindehauptmann, Urnäsch

Alfred Hofstetter, a. Landammann, Gais

Walter Mösl, a. Gemeindehauptmann, Teufen

Dr. Beat Kälbener, a. Kantonsrichter, Appenzell

Willi Schläpfer, a. Gemeindehauptmann, Teufen
Josef Anton Herrsche, a. Kantonalsrichter, Appenzell
Felix Bürki, a. Zeugherr, Oberegg
Walter Koller, Redaktor, Appenzell

Meine Ausführungen beschliesse ich mit einem herzlichen Dank an meine Mitarbeiter im Vorstand, den Patronatsorganisationen und des Jahrbuches und Ihnen, werte Mitglieder für die Treue, welche Sie unserer Gesellschaft wiederum bewahrt haben.

Hch. Kempf-Spreiter, Präsident

Mit Applaus verdankt die Versammlung den Bericht und genehmigt ihn einstimmig.

Das Protokoll der 143. Jahresversammlung, verfasst durch den Aktuar A. Sturzenegger, wird mit dem Dank der Versammlung einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung pro 1975. Nach einigen Erläuterungen durch den Präsidenten stimmt die Versammlung ohne Gegenstimme der Jahresrechnung 1975 zu. Dem Kassier, H. Künzle, wird Decharge erteilt und ihm und dem übrigen Vorstand die Arbeit bestens verdankt (Antrag der Revisoren). Zustimmung findet auch die Liste der auszubezahlenden Subventionen pro 1976 (Antrag des Vorstandes).

Jahresbeitrag 1977. Ohne Gegenstimme heisst die Versammlung den Antrag des Vorstandes gut, es sei der Jahresbeitrag auf Fr. 15.— zu belassen.

Wahlen. Die Wahlen verlaufen in globo im Sinne der Bestätigung des gesamten Vorstandes. Daraus wird Heinrich Kempf einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt. Einstimmige Wiederwahl erfährt auch der Kassier Hans Künzle. Bestätigt werden sodann auch die Herren W. Kast und E. Ulmann als Rechnungsrevisoren. — Die Bestellung der Kommissionen fällt in die Kompetenz des Vorstandes.

Wünsche und Anträge

Zum Thema «Jahrbuch» greift Redaktor Kamber vom «Appenzellischen Volksfreund» die Bemerkung des Präsidenten auf, «die Ausgaben für das Jahrbuch bewegten sich annähernd in der Höhe der Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen». Er stellt dazu die Frage, ob es wohl der Wille der Mitglieder sei, ein Jahrbuch zu erhalten oder wohltätig zu wirken. Seiner Ansicht nach kommt das Jahrbuch zu teuer. Er regt Beschränkung des Inhalts und Überprüfung des Druckverfahrens an.

Regierungsrat Höhener würde eine Reduktion des Inhaltes des wertvollen Jahrbuches sehr bedauern. Eher sollte man eine Erhöhung des Jahresbeitrages in Aussicht nehmen. Kassier Künzle regt eine eingehende Prüfung der Angelegenheit durch den Vorstand an. Dr. Schläpfer weist als Präsident der Redaktionskommission darauf hin, dass es sich bei der Frage der Inhaltsreduktion um ein altes Postulat handle, das nicht so leicht erfüllt werden könne. Der historische Teil ertrüge kaum eine Kürzung, er belaste das Buch wenig. Bei den laufenden Chroniken verhindere der Zeitdruck oft eine allfällig mögliche Kürzung (die Mitarbeiter, denen er Dank und Anerkennung für ihre grosse Fleissarbeit ausspricht, liefern

meist ihre Manuskripte spät ab). Gekürzt werden könnte eventuell beim gemeinnützigen Teil. Rechnungsrevisor W. Kast weist auf die zwingenden Bestimmungen von Statuten und Pflichtenheft betr. die Herausgabe eines Jahrbuches hin. Frau Zangerl, Herisau, bemerkt, es sei die AGG nicht allein Hilfsgesellschaft, das Kulturelle sei eine ebenso grosse Aufgabe. Auch Frau Ake Rutz, Speicherschwendi, hält die Herausgabe des Jahrbuches für eine «gemeinnützige» Unternehmung der AGG. Präsident Hch. Kempf windet den Chronisten auch seinerseits ein Kränzlein und spricht ihnen den herzlichen Dank der Gesellschaft aus. Damit beschliesst er die Diskussion.

Die übrigen Geschäfte

In einem sehr interessanten Vortrag wendet sich im Anschluss Prof. Dr. Arnold Niederer, Universität Zürich, an die Versammlung mit dem Thema:

Die ausländischen Arbeitskräfte aus der Sicht des Volkskundlers

Die neuere volkskundliche Forschung hat sich vermehrt den durch Wanderungen erfolgten Kulturkontakte und den sich daraus ergebenden Beziehungen zwischen den Auswanderern und deren neuer natürlicher, sozialer und kultureller Umwelt zugewandt. Den Schweizer Volkskundler interessieren ganz besonders die kulturellen Unterschiede zwischen den Eingewanderten und den ansässigen Schweizern. Unter Kultur ist im folgenden nicht in erster Linie die höhere Kultur gemeint, sondern die Lebensformen des grossen Durchschnitts, gewissermassen die Kultur des Alltags. Die Kultur als die gesellschaftlich gemeinsame Handlungsweise ist nun nicht allen Menschen aller Gegenden in gleicher Weise eigen; die Unterschiedlichkeit, die sich am augenfälligsten in der Sprache ausdrückt, ist in allen Handlungsweisen bemerkbar. Demnach ist jede Kultur, welche sich ein Kind im Erwachsenenwerden aneignet, eine lokal spezialisierte Kultur. Viele Redensarten drücken diesen Sachverhalt aus: «Andere Länder — andere Sitten»; «Wo's Bruuch isch, leit me d'Kueh i ds Bett».

Für den Südländer aus der sozialen Unterschicht — also den typischen Fremdarbeiter — ist es zunächst ganz unmöglich, die Dinge, die von uns geschätzt und geliebt werden (wie zum Beispiel das Wandern, das Bergsteigen und bestimmte Speisen wie Bircher müesli oder Rösti), zu mögen.

Durch die Einwanderung entstehen Menschengruppen besonderer Prägung, in denen sich nicht nur die kulturellen Elemente des Herkunftslandes und des Einwanderungslandes in wechselndem Verhältnis mischen, sondern in die auch das Schicksal der Einwanderer als Fremdlinge kulturprägend eingeht. Sie sind gewissermassen Menschen zweier Welten. Den Volkskundler interessieren in erster Linie die mit der Einwanderung verbundenen kulturellen Vorgänge, sowohl bei den Eingewanderten wie bei den Schweizern.

Die Anpassung dieser eingewanderten Arbeitskräfte an unsere eigene Kultur verläuft — schematisch gesehen — in den folgenden verschiedenen Etappen:

1. In den ersten zwei Jahren erfolgt eine relativ oberflächliche Anpassung an die industrielle Lebensform, insbesondere die Eingewöhnung am

Arbeitsplatz, die allgemein rasch vor sich geht; die gesellschaftlichen Kontakte sind verbindlich nur mit den eigenen Landsleuten und unverbindlich mit den Schweizern. Wir bezeichnen diese erste Stufe als Urbanisierung (Verstädterung). Rückwanderungen während dieser Etappe sind verhältnismässig häufig.

2. Vom zweiten bis etwa zum fünften Jahr werden einzelne spezifisch schweizerische Verhaltensweisen und Anschauungen übernommen, und es werden persönliche Beziehungen zu Schweizern und Schweizerfamilien hergestellt. Die Familie wird nachgezogen und das gemietete Zimmer durch eine Mietwohnung ersetzt. In der Folge wird die Integration noch verbessert, besonders wenn schulpflichtige Kinder da sind. Wir bezeichnen diese Stufe als Akkulturation.

3. Irgendwann nach dem 10. Jahr kommt es im Idealfall zur Assimilation, das heisst zur Übernahme schweizerischer Wertmassstäbe bis zu den prinzipiellen Lebensinteressen und bis zum Wechsel des Gruppenzugehörigkeitsgefühls. Die ursprünglich geplante Rückwanderung wird aus Angst vor Readaptionsschwierigkeiten in der Heimat immer wieder hinausgeschoben. Nur bei einer ganz geringen Zahl Einwanderer aus dem südlichen Europa kommt es schon in der ersten Generation zur Assimilation. Diese Stufe wird bestenfalls von den in der Schweiz geborenen und aufgewachsenen Kindern erreicht, falls sie in der Schweiz bleiben können.

Unter Integration verstehe ich im folgenden in erster Linie die Gesamtheit der von der Schweiz aus getroffenen offiziellen und privaten Anstrengungen, die dazu dienen sollen, den Ausländern während ihres Aufenthaltes ein normales, demjenigen der entsprechenden schweizerischen Sozialschicht ebenbürtiges Leben zu ermöglichen, aber auch die Bereitschaft der Ausländer, am wirtschaftlichen, sozialen und allenfalls auch am kulturellen Leben der Schweiz aktiv teilzunehmen.

Die landläufige Tendenz geht allgemein dahin, von den Fremden zunächst Anpassung, Beherrschung unserer Sprache usw. zu erwarten, was jedoch nur möglich ist, wenn ein entsprechendes Entgegenkommen unsererseits da ist, wenn die Sicherheit des Aufenthaltes gewährleistet ist und Diskriminierungen vermieden werden. Die frühere These, wonach alle Anpassung zuerst vom Fremden kommen soll, hat sich in der Praxis als wirklichkeitsfremd erwiesen. Sinnvolle Assimilation ist ein Ergebnis aufnehmender Gastlichkeit und einnehmender Überzeugungskraft seitens der Schweizer. Je allgemeiner und intensiver die Assimilation ist, desto grösser werden freilich die Ansprüche der Einwanderer: Sie wollen bessere Wohnungen, bessere Sozialleistungen und bessere Ausbildung für ihre Kinder. Dies ist natürlich mit Kosten für das Gastland verbunden, aber diese Kosten wären uns auch entstanden, wenn wir entsprechend viele Arbeitskräfte aus dem eigenen Volk hätten heranziehen können.

Die gegenwärtige, hoffentlich auslaufende Rezession hat unterschiedliche Wirkungen mit Bezug auf das Fremdarbeiter-Problem: Einerseits werden die Fremden vermehrt als Konkurrenten empfunden, anderseits aber auch als «Polster» zum Schutz der einheimischen Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit kann nämlich, wie man gesehen hat, auch exportiert werden. Durch die gegenüber 1974 veränderte Lage ist eine gewisse Akzentverschiebung in der politischen Diskussion um die Fremdarbeiterfrage eingetreten.

treten, und zwar im Sinne einer Versachlichung. Um diese Versachlichung erwarb sich die Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem unter der hervorragenden Leitung des im vergangenen Sommer verstorbenen Bundesrichters Dr. Anton Heil grosse Verdienste. Diese Kommission sieht ihre Hauptaufgabe darin, das Miteinander- und Zusammenleben von Schweizern und Ausländern aufgrund konkreter Massnahmen zu fördern. So hat sie in letzter Zeit zahlreiche in der Öffentlichkeit verbreitete Vorurteile auf ihre Richtigkeit hin überprüft und dabei zum Beispiel festgestellt, dass die Straffälligkeit der Ausländer nicht grösser als diejenige der Schweizer ist, dass ihre Ansprüche mit Bezug auf Wohnraum und auch mit Bezug auf Spitalbetten, Krankenversicherungen usw. geringer sind als diejenigen der Schweizer, und dass sich ihre Kinderzahl derjenigen der Schweizer Familien angleicht. Die Eidgenössische Konsultativkommission bemüht sich ausserdem um die Gründung lokaler, regionaler und kantonaler Arbeitsgemeinschaften und sucht überhaupt alle jene Massnahmen ausfindig zu machen, die der Entschärfung des Ausländerproblems dienen.

Obschon der Anteil der Angehörigen fremder Nationen in der Schweiz gegenwärtig fast eine Million Menschen oder etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt, ist die Schweiz offiziell dennoch kein Einwanderungsland wie zum Beispiel die USA oder Kanada. Die Mehrheit der Eingewanderten hat auch nicht die Absicht, sich dauernd in der Schweiz niederzulassen, doch schieben viele die geplante Rückkehr immer wieder hinaus. Die Eingewanderten stammen vielfach aus den wirtschaftlich unentwickelten, zumeist ländlichen Gebieten Südeuropas; mehr als die Hälfte von ihnen sind Italiener, und unter diesen dominieren diejenigen aus den südlichen Miseria-Gebieten. Das zunächst ausschliesslich wirtschaftliche Ziel, das sie in der Schweiz erreichen wollen, ist durch die zu Hause herrschende Familiensitte vorgeschrieben: Viele arbeiten hier, um arbeitsunfähig gewordene Familienangehörige zu unterstützen; viele sparen für die Aussteuer ihrer Töchter oder Schwestern oder um Schulden abzutragen; manche wollen später daheim ein Haus kaufen, andere wollen ihren Kindern eine höhere Ausbildung ermöglichen, viele streben nach dem Aufstieg in den Mittelstand. Sie sparen im Ausland ansehnliche Beträge, um zu Hause ein Geschäft, eine Bar, ein Transportfahrzeug oder eine Werkstatt kaufen zu können; kaum einer bekennt sich zu der Absicht, nach seiner Rückkehr in der Landwirtschaft zu arbeiten, denn wer mit den Händen arbeiten muss, steht in Südalien auf der untersten Sprosse der sozialen Leiter.

Solange mit einer Rückkehr in das Herkunftsland gerechnet wird, hat der Aufenthalt in der Schweiz nur die Bedeutung eines Arbeitsplatzes. Die Wünsche richten sich auf höheren Lohn, weniger auf sozialen Aufstieg und Integration in das Gastland. Unter diesen Verhältnissen der Rückkehr-Erwartung werden die geselligen und die Unterhaltungsbedürfnisse der Einwanderer vorwiegend in Gruppen befriedigt, die sich hauptsächlich aus Verwandten und Landsleuten (paesani) zusammensetzen. Solche Gruppen pflegen Traditionen, welche die Bindung ihrer Mitglieder an die Heimat erhalten und die Rückkehr-Erwartung nicht erlöschen lassen. Diese Anlehnung an die eigene Gruppe geschieht aber nicht etwa in bewusster

oder gar feindlicher Absetzung von der schweizerischen Gesellschaft (das Bild, das die Italiener von den Schweizern haben, ist — wie Untersuchungen gezeigt haben — positiver als das Italiener-Bild der Schweizer!); die landeseigene Gruppe dient zur Befriedigung unabdingbarer sozialer und psychischer Bedürfnisse, zum Teil auch zum Austausch von Informationen, die für das Leben in der Schweiz notwendig sein können.

Der wichtigste Aspekt der ersten Phase des Anpassungsprozesses ist — wie bereits gesagt — die Eingliederung in einen Arbeitsbetrieb, das Vertrautwerden mit der industriellen Arbeitsdisziplin und vor allem die Trennung zwischen Wohnort und Arbeitsort, wozu auch der Umgang mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Amtsstellen gehört. Besonders für die Ledigen bedeutet dies ein Nachlassen der sozialen Kontrolle, der sie in den ländlichen Gemeinden, aus denen sie stammen, unterworfen waren. Dies ist aber nicht problemlos. Sehr schwierig ist beispielsweise die Lage der jungen unverheirateten Italienerinnen (und auch der Spanierinnen). In der Umwelt, aus der sie stammen, ist die Unberührtheit einer Tochter im Heiratsalter das kostbarste Gut der Familie. Von der Tugendhaftigkeit der Töchter hängt die Ehre der Familie und deren psychische Sicherheit ab. Wegen dieser ausserordentlichen Schätzung der Jungfrauenschaft sucht die südeuropäische Sitte jede Gelegenheit zum vorehelichen Geschlechtsverkehr auszuschalten. Wenn nun ein Mädchen aus Sizilien oder Kalabrien auswandern muss, so ist es plötzlich nicht mehr behütet, wenn es nicht in irgendeinem klösterlichen Internat oder in einer sittenstrengen Familie Aufnahme findet. Ein Anpassen an unsere freiere Sitte — auch nur in der Form des Flirts — bedeutet, dass das Mädchen bei seiner Rückkehr in die Heimat keine Heirats-Chancen mehr hat. Andererseits missversteht mancher neueingewanderte Sizilianer zunächst das Verhalten eines schweizerischen Mädchens, das abends ohne Begleitung durch das Dorf geht; das tun in seiner Heimat nur «leichte Frauenzimmer», und er wird deshalb vielleicht versuchen, es für ein Abenteuer zu gewinnen. Hier handelt es sich um ein typisches kulturelles Missverständnis.

Hand in Hand mit der manchmal als Befreiung erlebten Entlassung aus persönlicher Beaufsichtigung durch das Dorfkollektiv geht bei vielen eine Entfremdung von der herkömmlichen religiösen Praxis. Unsere Form der Religiosität mit ihrer gegenüber der südeuropäischen grösseren Abstraktheit vermag die Einwanderer nur in geringem Masse anzusprechen, weil die traditionellen Ausserungen der südländischen Frömmigkeit wie überschwenglicher Marienkult, Wallfahrten, Heiligenfeste, Prozessionen, Gelübde usw. bei uns nicht mehr im Vordergrund stehen. Andererseits hegen sie bei den in unseren Kirchen üblichen Geldkollekten für die Mission usw. nicht selten den Verdacht, man spekuliere auf ihre paar Batzen für persönliche Zwecke.

Gewisse Gebrauchsgüter werden von den Einwanderern schon am Anfang mit Leichtigkeit angenommen. Dies gilt insbesondere für die Mode, wo das gewohnte Schwarz der Südtalienerinnen nach und nach bunten Stoffen weicht; es gilt zum Teil auch für die Inneneinrichtung, für den Radio- und Fernsehapparat, weit weniger jedoch für die tägliche Nahrung, wo die ausländischen Arbeitskräfte allgemein sehr konservativ sind.

Die erste Stufe der Anpassung vollzieht sich überall in Europa, wo Einwanderer hinkommen, gleich. Sie ist gewissermassen kulturreutral. Was unseren Dörfern und Städten ihren unverwechselbar schweizerischen beziehungsweise ostschweizerischen oder appenzellischen usw. Charakter gibt, berührt die Eingewanderten zunächst nicht. Es kann erst in einer späteren Phase der Integration, derjenigen der Akkulturation, aufgenommen werden. Zuerst werden immer die Allerwelts-Leitbilder der Industriekultur übernommen, die überall ähnlich sind.

Die Akkulturation — als zweite Etappe auf dem Wege zur Assimilation — ist die Aufnahme und Übernahme spezifisch schweizerischer Verhaltensweisen ohne Verlust der ursprünglichen (in unserm Fall meist der italienischen) Identität. Sie wird als Bereicherung erlebt, setzt jedoch die gleichberechtigte Teilhabe an den Werten der schweizerischen Gesellschaft (Arbeit, Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, Zugang zu Bildung, Vereinsleben, wenn auch noch nicht die politischen Rechte) voraus. Akkulturation beginnt mit der gemeinsamen Sprache, deren Erlernung vom Ausländer eine mehrjährige Anstrengung erfordert. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die an unseren Schulen üblichen Lehrmethoden, die neben dem Wortschatz auch noch die ganze Kompliziertheit des grammatischen Gebäudes zu vermitteln suchen, in der Regel das Aufnahmevermögen der südeuropäischen Lernwilligen überfordern, besonders wenn sie nach einem mühsamen Arbeitstag in Abendkursen vermittelt werden. Die südeuropäischen Einwanderer — anders als solche aus England, Deutschland, Österreich — sind nach ihrer Vorbildung nicht auf die Erlernung einer Fremdsprache vorbereitet worden. Der Anreiz zur Teilnahme an Sprachkursen wächst dann, wenn einsichtig gemacht werden kann, dass die Kenntnis der Sprache des Einwanderungslandes die Sicherheit vor Unfällen vergrössert, im Falle eines Beschäftigungsrückganges zur Sicherung des Arbeitsplatzes beiträgt und die Chancen erhöht, eine besser bezahlte Position zu erlangen.

Die viel genannte und geforderte Assimilation als höchste Stufe der Integration ist wiederum etwas anderes als die Akkulturation. Bei der Akkulturation bleibt das Bewusstsein der ursprünglichen ethnischen beziehungsweise nationalen Zugehörigkeit erhalten; die Assimilation jedoch beinhaltet einen Wandel der subjektiven Gruppenzugehörigkeit, eine Distanzierung von der ursprünglichen Nationalität und den damit verbundenen Gesinnungen und Gefühlen. Kinder von Ausländern können sich manchmal unter dem Einfluss gleichaltriger Schweizer ihrem Milieu entfremden und beginnen, sich als Schweizer zu fühlen. Die Änderung ihres ethnischen Bewusstseins zeigt sich dann zum Beispiel darin, dass sie bei sportlichen Wettkämpfen nicht mehr für die Mannschaft ihres Ursprungslandes Partei ergreifen, sondern für die schweizerische, und bei Massenveranstaltungen «Hopp Schwyz!» rufen.

Sind die Einwanderer politisch interessiert? Innerhalb der südeuropäischen Immigranten lassen sich zwei grundsätzlich verschiedene Einstellungen mit Bezug auf die schweizerische Gesellschaft unterscheiden: diejenige einer politisch orientierten Minderheit und die einer vorwiegend unpolitischen Mehrheit. Der politisch orientierte Teil der Einwanderer — es handelt sich dabei um eine bildungs- und ausbildungsmässig relativ qualifizierte Minderheit meist norditalienischer Herkunft mit Industrieerfahrung

— verlangt Gleichberechtigung und Gleichbehandlung gegenüber den Schweizer Arbeitern, Mitsprache und Mitbestimmung in Gewerkschaften, Schulbehörden und zum Teil auch in den politischen Gemeinden, in denen sie steuerpflichtig sind. Die Führer in den fordernden Gruppen sind der Auffassung, dass die Situation der Einwanderer am besten auf dem Wege kollektiver Anstrengungen verbessert werden kann, also durch die italienischen Gewerkschaften und politischen Parteien. Diese veranlassen den italienischen Staat, den Einwanderungsländern Auflagen zugunsten der Immigranten zu machen. Solche Auflagen (zum Beispiel das Recht auf Familiennachzug) haben in verschiedenen zwischenstaatlichen Abkommen ihren Ausdruck gefunden (zuerst in dem umstrittenen Italienerabkommen von 1964). Im wesentlichen geht es dieser Gruppe von Einwanderern jedoch darum, die Situation in ihrem eigenen Lande, die zur Emigration veranlasst, bei den Fremdarbeitern bewusst zu machen und sie für politische Aktionen in ihrem Heimatland zu qualifizieren und zu motivieren. Führend in dieser Hinsicht sind die stark linksorientierten italienischen «Colonie libere» mit ihrer Wochenzeitschrift «Emigrazione Italiana».

Der Versuch der Gastarbeiter, ihre rechtliche Stellung in der Schweiz kollektiv auf politischem Wege zu verbessern, wird von der grossen Mehrheit der Schweizer nicht gebilligt. Insbesondere sind die den Einwanderern entsprechenden und mit ihnen zum Teil in Konkurrenz stehenden Sozialschichten (die ungelernten Arbeiter) der Meinung, dass die höheren beruflichen Positionen und die bessere Arbeit in erster Linie den Einheimischen reserviert bleiben sollen und dass die Mitwirkung der Ausländer an gesellschaftlichen Entscheidungen (etwa durch lokale Konsultativorgane der Fremdarbeiter) verhindert werden soll.

Neben der Gruppe, welche die soziale und womöglich die politische Gleichberechtigung der südeuropäischen Einwanderer fordert, steht eine zahlenmässig weit stärkere, vor allem aus Südalienern zusammengesetzte unpolitische Gruppe. Diese tritt — im Gegensatz zu der vorher erwähnten politisch orientierten Gruppe um die «Colonie libere» — in der Presse und in den Massenmedien nicht in Erscheinung und kann deshalb als «schweigende Mehrheit» bezeichnet werden. Es handelt sich hier vor allem um Einwanderer mit relativ niedrigem Bildungsniveau und einem hohen Grad von Familienbindung. Der für Südalien bezeichnende Familiengoismus äussert sich auch in der Emigration, zum Beispiel im Fehlen fast jeder Form von Zusammenarbeit ausserhalb der Familie. Dieser ausgeprägte Familiensinn hat als Gegenstück das Misstrauen gegenüber sekundären Gruppierungen wie Vereinen, kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, Klubs usw. Wo die Verhältnisse die Einwanderer dennoch dazu zwingen, sich zu grösseren Gruppen zusammenzuschliessen, etwa um vom Konsulat Geld für eine Weihnachtsbescherung zu bekommen, versuchen sie den betreffenden Verbindungen familienähnlichen Charakter zu geben; so gibt es in Zürich eine «Famiglia Lucana», eine «Famiglia Siciliana» usw., die Ziele verfolgen, welche unmittelbar den darin vereinigten Familien zugutekommen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung wird von den Angehörigen der unpolitischen Mehrheit nicht durch gewerkschaftlichen Zusammenschluss und gewerkschaftlichen Aktionen gesucht, sondern durch die Herstellung von persön-

lichen Beziehungen zu den unmittelbaren Vorgesetzten, deren Gunst sie sich — wenigstens anfänglich — durch Geschenke und andere Aufmerksamkeiten zu erwerben suchen, wie das bei ihnen zu Hause selbstverständlich ist.

Die Angehörigen dieser Kategorie finden es — wenigstens gilt dies für die erste Generation der Einwanderer — normal, dass die Schweizer im Betrieb die guten Stellen einnehmen, die bessere Arbeit bekommen, weil sie eben Schweizer sind. In der Zürcher Untersuchung von Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Soziologie des Fremdarbeiter-Problems, Stuttgart 1973) wird diese Einstellung als «neofeudale Anpassung» bezeichnet, wobei «feudal» auf den Umstand hinweist, dass ein grosser Teil der Einwanderer den ihnen hier zugestandenen Status mit all seinen Benachteiligungen als selbstverständlich und unabänderlich ansieht — wie dies in der feudalen Gesellschaftsordnung des Mittelalters der Fall war, wo die Menschen die Stellung, in die sie hineingeboren worden waren, als gottgewollt hinnahmen.

Für diese Menschen steht die Familie im Zentrum des Denkens und bestimmt die Normen ihres Verhaltens. Auf die Familie und die Verwandtschaft stützen sich auch die Emigranten, die jetzt in ihre Heimat zurückkehren müssen; ohne die engen Familienbindungen würde Italien vermutlich im Chaos versinken.

Die eigene Familie und deren Würde sind die Grundlage für die Bestätigung des Selbstwertes auch in der Emigration. In diesen Zusammenhang gehört — wie Hoffmann-Nowotny in seiner Untersuchung gezeigt hat — die Verlagerung der Hoffnungen, die man für sich selbst aufgegeben hat, auf die eigenen Kinder. Sie ist bei den italienischen Einwanderern ausserordentlich stark. Nicht weniger als 50 Prozent der in Zürich befragten Hilfs- und Facharbeiter gaben an, für ihre Kinder Hochschulbildung anstreben, um diesen ihr eigenes Klassenschicksal zu ersparen. Diese Wünsche entbehren jeder Beziehung zur Realität. Die Schulstatistiken zeigen, dass die Kinder der Einwanderer über Erwarten stark in jenen Schultypen zu finden sind, welche die geringsten Chancen für einen späteren Aufstieg bieten, und dass nur verschwindend wenige ausländische Arbeiterkinder weiterführende Schulen besuchen. Da die Eltern gelernt haben, in der Schule das Mittel des sozialen Aufstiegs für ihr Kind zu sehen, wird durch dessen Schulversagen die Familie in ihrer Ehre verletzt. Bei der vorhandenen Autoritätsgläubigkeit, wie sie für diese Gruppe bezeichnend ist, wird der Grund des Versagens nicht beim Lehrer gesucht, sondern beim Kind, das dann nicht selten körperlich bestraft wird. Im Grund liegt die Ursache des schulischen Ungenügens in der Unfähigkeit der Eltern, das Kind bei seiner Schularbeit zu unterstützen.

Man geht aber fehl, wenn man annimmt, dass die unpolitischen südeuropäischen «Familisten» in jeder Beziehung rückständig seien. Innerhalb der süditalienischen Gesellschaft gehören sie vielmehr zu den Beweglicheren; deshalb haben sie — nachdem für sie innerhalb ihrer lokalen Gruppe keine wirtschaftliche Verbesserung mehr möglich war — die Auswanderung gewählt. Der Entschluss, auszuwandern, ist mit der Anerkennung der Werte unserer industriellen Gesellschaft verbunden. Dies zeigt sich unter anderem in der positiven Einstellung dieser Leute zu dem

Wert «Arbeit». Arbeitsamkeit ist im südlichen Mittelmeerraum und insbesondere in Südalien kein Wert an sich. Das heisst zwar nicht, dass der Südaliner weniger arbeitet als der Schweizer, wenn er dazu Gelegenheit hat; es bedeutet lediglich, dass mit der Arbeitsleistung keine Hochschätzung verbunden ist, dass sich einer nicht mit Arbeitsleistungen hervortun muss, um von seiner Gemeinschaft anerkannt zu werden. In der Schweiz jedoch erweist sich für diese Einwanderer die Arbeit als der einzige Wert, den sie vor ihren schweizerischen Kollegen in Anspruch nehmen können.

Die in der Schweiz gemachten Feststellungen mit Bezug auf das Verhältnis der südeuropäischen Einwanderer zu ihrer Arbeit zeigen, dass es die in der modernen Industriegesellschaft wichtigen Eigenschaften sind, die zuerst angenommen werden, und dass die Eingliederung auf dem Sektor der Arbeit am raschesten vor sich geht. Innerhalb des Betriebes hat der Arbeiter einen festen Platz, eine klar sichtbare Rolle, und er steht in mehr oder weniger engem Kontakt zu seinen schweizerischen Kollegen. Die die Arbeit festlegenden geregelten Bahnen verhindern das Ausbrechen ins Emotionale und Aggressive, das in der Freizeit manchmal beobachtet werden kann.

Ausserhalb des Betriebes verhält es sich so, dass sich die Mehrzahl der italienischen Arbeiter oft benachteiligt fühlt. Ein Südaliner, Arbeiter in einer Maschinenfabrik, äusserte sich wie folgt über das Verhältnis von Schweizern und Ausländern in der Freizeit: «Verständnis und Freundschaft in der Fabrik hören auf, wenn man die Fabrik verlässt; sie (die schweizerischen Kollegen) wollen nicht zeigen, dass sie mit Ausländern Kontakt haben.» Ein Teil der Gastarbeiter neigt allerdings dazu, die diskriminierende Behandlung durch Schweizer zu entschuldigen, indem er sie als «natürlich» hinstellt und zugibt, dass er an Stelle der Schweizer ähnlich handeln würde. Diese Einstellung ist aufs engste mit der Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg nach der Rückkehr in die Heimat verbunden, der für die in der Emigration hingenommene Zurücksetzung entschädigen soll. Die Bewältigung der arbeitsfreien Zeit ist für die südeuropäischen Einwanderer insofern schwierig, als sie nicht gelernt haben, die Freizeit als isolierten, von der Arbeit scharf getrennten Lebensbereich zu gestalten. Die Erhebungen von Rudolf Braun (Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz, Erlenbach-Zürich 1970) haben gezeigt, dass der grössere Teil der ausländischen Arbeiter die Zeit nach Arbeitsschluss entweder allein oder mit der Familie beziehungsweise mit Landsleuten in der Unterkunft verbringt. Manche suchen auf den Bahnhöfen Ersatz für die in der Heimat gewohnte Geselligkeit auf der Piazza, dem Bocciaplatz oder in der Cafeteria.

Seitens der schweizerischen Bevölkerung besteht wenig Neigung, die Ausländer an ihrem Freizeitleben teilnehmen zu lassen. Zur Übernahme spezifischer, in der Schweiz auch unter Arbeitern verbreiteter Freizeitmuster (Wandern, Skifahren, Jassen, Weiterbildung) kommt es, wenn überhaupt, meist erst in der Generation der Kinder. Die Teilnahme der Ausländer am schweizerischen Vereinsleben ist sehr gering; nur 3 Prozent der von Hoffmann-Nowotny befragten Italiener waren Mitglied in einem Verein, der sich mehrheitlich aus Schweizern zusammensetzte. Dies kommt

einerseits daher, dass südeuropäische Familisten — wie geagt — aufgrund ihres Herkommens wenig Beziehung zum Vereinswesen haben und mehr die unverbindliche Gesellschaft pflegen; anderseits schliessen sich schweizerische Vereine oft bewusst gegenüber Ausländern, insbesondere aus Südeuropa, ab. So beklagte sich ein Italiener in der Presse darüber, dass schweizerische Chöre Italiener suchten, weil sie gute Stimmen haben, dass sie aber nicht zu den Vereinsausflügen eingeladen würden und nicht mitreden dürften über das, was gesungen werden soll.

Bei der Diskussion um das Freizeitproblem der Fremdarbeiter darf nicht vergessen werden, dass die Sparquote der Ausländer allgemein hoch ist und dass sich das schweizerische Freizeitverhalten zunehmend konsumorientiert gestaltet, das heisst mit Kosten verbunden ist. Die Ausländer halten sich freiwillig auf einem Lebensstandard, der wenig Spielraum für eine anspruchsvolle Freizeitverbringung offenlässt.

Eine Vertiefung des Freizeiterlebens für die Fremdarbeiter ist durchaus auf dem Gebiet der praktischen Tätigkeit denkbar. Dies zeigt sich zum Beispiel am Interesse mancher Fremdarbeiterfamilien an Familiengärten. Hier wird ein Interesse ausgedrückt, welches den meisten Südeuropäern und Südeuropäerinnen von ihrer Heimat her nicht fremd ist und das die Sparquote nicht herabdrückt. Für andere manuelle Freizeitbeschäftigungen fehlen meistens die Voraussetzungen, zum Beispiel ausreichender Wohnraum. Der Wohnraum eines Saisonarbeiters zum Beispiel liegt zwischen fünf und acht Quadratmetern, und auch bei den Familien ist der Wohnraum, wie leicht festzustellen ist, sehr begrenzt. Die Behauptung, dass Kultur auch in der kleinsten Hütte sei, ist offenbar nicht in Baracken und engen Mietwohnungen formuliert worden! Folklore-Abend und gelegentliche Verbrüderungsversuche zwischen Schweizern und Ausländern sind sicher gut gemeint, tragen jedoch wenig zur Integration der Ausländer bei; sie können aber vorteilhaft auf die Verständnisbereitschaft der Einheimischen einwirken. Der Ausländer jedoch ist enttäuscht, wenn nach der vorübergehenden Euphorie solcher Verbrüderungsfeste wiederum die bei uns üblichen sozialen Verhaltensweisen dominieren, welche viele Ausländer als kalt und eigennützig empfinden. So sinnvoll es ist, den ausländischen Arbeitern zu zeigen, dass es viele Schweizer ohne Vorurteile gegenüber Gastarbeitern gibt, so ersetzt dies doch nicht die Eingebundenheit in die Dorf- und Sippengemeinschaften, aus denen diese Menschen meist stammen und die sie im Ausland nur unter ihresgleichen finden.

Nun, wenn die südländischen Einwanderer sparen müssen, warum tummeln sie sich nicht in unserer freien Natur, deren Reize doch jedem offenbar werden müssen? Warum begegnet man ihnen in den Bahnhofhallen und auf breiten Strassen, hingegen gar nicht oder fast gar nicht auf unseren Wanderwegen? Der Italiener hat offenbar ein anderes Verhältnis zur Natur. Es ist ihm unbehaglich, wenn er nur von Natur umgeben ist. Darum wurden in Italien während Jahrhunderten die Wälder abgeholt. Die Italiener geniessen die Natur gerne in Gärten mit gestutzten Sträuchern und Bäumen, Blumenrabatten, gefassten Quellen und Springbrunnen. Jedes Volk hat sein eigenes Verhältnis zur Natur: Die Franzosen schufen die geometrischen Gärten von Versailles, die Engländer ihren

«englischen Garten», bei dem die formende Hand nicht mehr erkennbar sein soll.

Südländerinnen und Südländer legen auch bei uns Wert auf schöne Kleidung. Jeder Mann der Strasse, so einfach auch seine Arbeitskleidung sein mag, besitzt meist einen dunklen Anzug und ein weisses Hemd mit Krawatte und zeigt sich so gekleidet am Wochenende auf unseren Strassen oder am Bahnhof. Die Frauen schätzen vor allem elegantes Schuhwerk, so wenig zweckmäßig dies auch sein mag. Das Tragen von eleganten Schuhen hat bei den meisten Südländern, Frau und Mann, Prestigewert. Der Stolz der armen Leute bei uns, einfach aber sauber zu sein, ist der südländischen Frau unbekannt; oft kleidet sie ihre Kinder so, als gäbe es keine Arbeit.

Gelegentlich wird die kulturelle Andersartigkeit der Ausländer als gefährlich für die Bewahrung der schweizerischen Eigenart dargestellt. In diesem Zusammenhang ist ja auch der Begriff der Überfremdung geprägt worden. Das Argument von der durch die Ausländer bedrohten kulturellen Eigenart der Schweizer, das in den sechziger Jahren noch im Vordergrund der Diskussion stand, hat seine Wirkungskraft jedoch weitgehend verloren. Man hat inzwischen eingesehen, dass es kaum möglich ist, die kulturelle Eigenart der aus vier Ethnien bestehenden Schweiz zu umschreiben; es gibt diesbezüglich keine Gleichförmigkeit, ganz abgesehen von der schichtbezogenen kulturellen Differenzierung. Dazu kommt noch, dass die Kultur in einer Zeit raschen sozialen Wandels keine Konstante ist, sondern dauernden Veränderungen unterliegt. Auch ist nicht anzunehmen, dass kulturelle Überfremdung von einer Schicht ausgeht, die sich zuunterst an der sozialen Leiter befindet und deren kulturelle Verhaltensweisen als rückständig betrachtet werden. So liessen sich keine Beispiele für die «Ansteckung» der Schweizer durch die kulturellen Verhaltensweisen der Südeuropäer finden.

Diese Tatsache unterscheidet die gegenwärtige Problematik ganz wesentlich von derjenigen vor dem Ersten Weltkrieg. Damals gab es in der Schweiz neben den zwar ebenfalls zahlreich eingewanderten unqualifizierten Arbeitskräften (zum Beispiel italienischen Bauarbeitern und Mineuren) eine gehobene Schicht vor allem deutscher Einwanderer mit hohem Prestige, deren Verhaltensweisen zum Teil eifrig nachgeahmt wurden, so — um nur ein Beispiel zu nennen — in der schweizerischen Armee, wo das preussische Vorbild mit Bezug auf Drill, Ordnung und Disziplin Schule machte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es in der Schweiz zwar eine kulturelle «Überfremdung», eine internationale Integration (um es nicht nur negativ auszudrücken); ihre Träger sind aber nicht die Fremdarbeiter, sondern die modernen Massenkommunikationsmittel: Radio, Kino, Fernsehen, Illustrierte und moderne Werbung.

Auf den wenigen Gebieten der schweizerischen Alltagskultur, wo sich heute südeuropäische (besonders italienische) Einflüsse feststellen lassen, sind nicht die ausländischen Arbeiter die direkten Vermittler gewesen. Wenn heute die schweizerischen Hausfrauen auch jene Lebensmittel kaufen, welche manche Geschäfte mit Rücksicht auf ihre südeuropäische Kundschaft in ihr Sortiment aufgenommen haben (zum Beispiel verschiedene Teigwaren-Sorten oder Gemüse wie Broccoli usw.), so gehen

die Anreize für deren Verwendung eher auf kulinarische Reiseerlebnisse in Italien zurück als auf das Vorbild von südeuropäischen Arbeiterfamilien in der Schweiz. Im übrigen werden die für die schweizerischen Kunden abgepackten Fertiggerichte wie Lasagne verdi und Pizza von den Gastarbeitern nicht gekauft, weil sie Wert darauf legen, ihre Gerichte selbst herzustellen und so ihr diesbezügliches Können zu demonstrieren. Was die Übernahme italienischer Modeformen in der Kleider- und Schuhkonfektion betrifft, so kommt die Vermittlung durch den Handel zustande und nicht durch Imitation der Kleidungsgewohnheiten ausländischer Arbeiterinnen. Und selbst die Kettchen, die manche junge Männer um den Hals tragen, gehen nicht unmittelbar auf italienische Vorbilder zurück, sondern stammen vermutlich aus der Hippie-Kultur. Weil wirklich keine kulturelle Überfremdung durch die ausländischen Arbeitskräfte festzustellen ist, wird jetzt von den «Überfremdungsgegnern» die Gefahr der Überbevölkerung und der Umweltzerstörung in den Vordergrund ihrer politischen Propaganda gestellt. Dennoch gibt es so etwas wie Überfremdung: Das Gefühl, nicht mehr daheim zu sein. Die meisten Menschen — vor allem die älteren — identifizieren sich mit ihrem Wohngebiet und sind gegenüber Veränderungen in ihrer nächsten Nachbarschaft empfindlich. Wo in Wohnquartieren die Atmosphäre durch die fremde Sprache, durch die grössere Lautstärke, durch verschiedene Auffassungen von Ordnung und Sauberkeit sowie durch fremden Küchengeruch verändert wird, kann es zu aufgestautem Missbehagen kommen. Die durch die Ausländer verursachten Veränderungen im Bild der Umwelt müssen jedoch in Beziehung gesetzt werden zu den ungleich stärkeren Veränderungen des öffentlichen und privaten Lebens, die durch den modernen Verkehr, durch Überbauungen und das damit verbundene Eingehen alter Treffpunkte, und nicht zuletzt durch die sich rasch wandelnden Verhaltensweisen der schweizerischen Jugend bewirkt werden.

Die Abneigung gegenüber den anwesenden Ausländern entspringt zum grossen Teil den Anpassungsschwierigkeiten, die sich aus dem raschen Wandel unserer eigenen Gesellschaft und Kultur ergeben. Die damit verbundenen Probleme führen zu Angst und Spannungen, die sich in Aggressionen gegenüber anderen Menschen Luft machen können. Die Ausländer bieten sich insofern als Sündenböcke an, als man ihnen relativ gefahrlos Schuld zuschieben kann. Alle Untersuchungen über die Intoleranz zeigen, dass, je geringer die Schulbildung, desto grösser die Intoleranz gegenüber Fremdheit in jeder Form ist.

Was die Kinder der Einwanderer betrifft (es sind ihrer mehr als 300 000), ist zu sagen, dass sie einerseits in das schweizerische Schulwesen und damit in unsere Gesellschaft integriert werden sollen und dass anderseits durch die Herkunftsländer und auch von den Eltern gefordert wird, dass — für den Fall der Rückkehr in die Heimat ihrer Eltern — die Verbindung mit der Muttersprache und der kulturellen Tradition des Heimatlandes erhalten bleibe. Gut koordinierte Ausbildungspläne könnten aus diesen Schülern unter Umständen «Drehpunkt Persönlichkeiten» machen, die gewissermassen in zwei Kulturen zu Hause sind. Das Bildungsangebot für ausländische Schüler in der Schweiz ist jedoch vorläufig eine blosse Addition des schweizerischen und eines sehr reduzierten italienischen be-

ziehungsweise spanischen Ausbildungsplanes, die nicht immer befriedigt und die Schüler zum Teil überfordert. So bleiben die Leistungen des Bildungssystems für die Kinder der Fremdarbeiter vorläufig noch hinter idealen Erfordernissen zurück. Trotz mancher Anstrengungen und viel gutem Willen bei der Schulung der südeuropäischen Arbeiterkinder ist zu erwarten, dass ein grosser Teil von ihnen wieder derjenigen Sozialschicht angehören wird, welche die gering geachteten und unangenehmen Arbeiten zu besorgen hat.

Eine solche Entwicklung wäre jedoch das Gegenteil dessen, was unter Integration zu verstehen ist. Die tatsächliche Integration der Ausländer müsste mit der Zeit dahin wirken, dass sich die Verteilung der ausländischen Berufstätigen auf der sozialen Stufenleiter derjenigen der Einheimischen annähert. Hier zeichnen sich bereits die auf uns zukommenden Probleme der zweiten Generation ab, für welche die Beschränkung des Erwartungshorizontes nicht mehr so selbstverständlich sein wird wie jetzt noch für ihre meist genügsamen Eltern. Zu verwerfen ist die «Integration» der Ausländer als eines Heers von Hilfsarbeitern ohne Aufstiegschancen. Dies würde zu Zuständen führen, wie man sie aus Nordirland und Südafrika kennt, und unserem Volk eine grosse Zahl von Assozialen und Kriminellen bescheren.

Ich komme zum Schluss: Die Verminderung der Ausländerzahl, bedingt durch die Rezession, hat uns das Problem wohl etwas entschärft, aber keineswegs gelöst. Der quantitativen Problembewältigung muss die qualitative folgen. Sie zielt darauf, das Wesen der Ausländer besser kennenzulernen und bei ihnen die Bereitschaft zur Eingliederung zu fördern sowie die Voraussetzungen für ein reibungsloses Zusammenleben zu schaffen. Für einen Staat mit dem kulturellen und sozialen Rang der Schweiz ist die menschliche Seite des Gastarbeiterproblems vorrangig. Zu seiner Lösung vertrauen wir auf die Assimilierungskraft unseres Volkes, insbesondere unserer Jugend.

Arnold Niederer

Reicher Applaus der Versammlung und herzliche Worte des Präsidenten sind der Dank für das Referat. Das anschliessende Mittagessen, während welchem Bezirkshauptmann Rempfler eine sympathische Tischrede hält, bildet den Abschluss der schönen Versammlung. Frohe Klänge der Stegreifmusik Appenzell tragen zum gelockerten Beisammensein bei.

Der Aktuar: A. Sturzenegger